

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

25.10.1928 (No. 250)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. n. n.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche. Die Zeitung verspricht, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Volkbegehren „Panzerkreuzerverbot“

Der Abstimmungsausschuß des 32. Stimmkreises (Baden) hat in seiner am 25. d. M. im kleinen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern unter dem Vorsitz des Abstimmungsleiters, Oberregierungsrats Pfisterer, stattgefundenen Sitzung die Zahl der gültigen Eintragungen auf 24 033 festgesetzt. Ungültig erklärt wurden 83 Eintragungen. Besondere Beanstandungen haben sich bei der Prüfung nicht ergeben.

Reich und Länder

Einsetzung zweier Unterausschüsse

Der von der Länderkonferenz eingesetzte Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform hat in den letzten drei Tagen das Problem des Verhältnisses von Reich und Ländern in einer eingehenden Aussprache behandelt und die Hauptfragen der Reform zu klären versucht. Er hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösung der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen, denen die nachfolgenden Richtlinien

überwiesen worden sind. Der Ausschuß nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und setzt zwei Unterausschüsse ein.

1. Der erste Unterausschuß hat die Aufgabe, unter der Aufsicht der Reichsregierung und der Länderkonferenz die Aufgaben des Reichs und der Länder in einer eingehenden Aussprache zu behandeln und die Hauptfragen der Reform zu klären zu versuchen. Er hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösung der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen, denen die nachfolgenden Richtlinien

überwiesen worden sind. Der Ausschuß nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und setzt zwei Unterausschüsse ein. 1. Der erste Unterausschuß hat die Aufgabe, unter der Aufsicht der Reichsregierung und der Länderkonferenz die Aufgaben des Reichs und der Länder in einer eingehenden Aussprache zu behandeln und die Hauptfragen der Reform zu klären zu versuchen. Er hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösung der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen, denen die nachfolgenden Richtlinien

überwiesen worden sind. Der Ausschuß nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und setzt zwei Unterausschüsse ein. 1. Der erste Unterausschuß hat die Aufgabe, unter der Aufsicht der Reichsregierung und der Länderkonferenz die Aufgaben des Reichs und der Länder in einer eingehenden Aussprache zu behandeln und die Hauptfragen der Reform zu klären zu versuchen. Er hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösung der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen, denen die nachfolgenden Richtlinien

überwiesen worden sind. Der Ausschuß nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und setzt zwei Unterausschüsse ein. 1. Der erste Unterausschuß hat die Aufgabe, unter der Aufsicht der Reichsregierung und der Länderkonferenz die Aufgaben des Reichs und der Länder in einer eingehenden Aussprache zu behandeln und die Hauptfragen der Reform zu klären zu versuchen. Er hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösung der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen, denen die nachfolgenden Richtlinien

überwiesen worden sind. Der Ausschuß nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und setzt zwei Unterausschüsse ein. 1. Der erste Unterausschuß hat die Aufgabe, unter der Aufsicht der Reichsregierung und der Länderkonferenz die Aufgaben des Reichs und der Länder in einer eingehenden Aussprache zu behandeln und die Hauptfragen der Reform zu klären zu versuchen. Er hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösung der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen, denen die nachfolgenden Richtlinien

überwiesen worden sind. Der Ausschuß nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und setzt zwei Unterausschüsse ein. 1. Der erste Unterausschuß hat die Aufgabe, unter der Aufsicht der Reichsregierung und der Länderkonferenz die Aufgaben des Reichs und der Länder in einer eingehenden Aussprache zu behandeln und die Hauptfragen der Reform zu klären zu versuchen. Er hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösung der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen, denen die nachfolgenden Richtlinien

überwiesen worden sind. Der Ausschuß nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und setzt zwei Unterausschüsse ein. 1. Der erste Unterausschuß hat die Aufgabe, unter der Aufsicht der Reichsregierung und der Länderkonferenz die Aufgaben des Reichs und der Länder in einer eingehenden Aussprache zu behandeln und die Hauptfragen der Reform zu klären zu versuchen. Er hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösung der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen, denen die nachfolgenden Richtlinien

Letzte Nachrichten

Empfänge beim Reichspräsidenten

W.B. Berlin, 25. Okt. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den Reichsarbeitsminister Wisflor zum Vortrag. Ferner empfing der Reichspräsident im Laufe des gestrigen Tages den württembergischen Staatspräsidenten Dr. h. c. Holz, der von dem württembergischen Gesandten Dr. Böcker begleitet war.

Der Überlandflug des „Graf Zeppelin“ verschoben

W.B. Karlsruhe, 24. Okt. (Tel.) Der Start des „Graf Zeppelin“ zu dem geplanten Überlandflug über den mittleren Westen der Vereinigten Staaten ist wegen Regen auf morgen verschoben worden.

Umfangreiche Zollhinterziehungen

W.B. Paris, 25. Okt. (Tel.) Wie dem „Matin“ aus Maauberge berichtet wird, sind dort auf eine Anzeige eines auf dem Grenzbahnhof von Jeumont (an der belgischen Grenze) beschäftigten Zollbeamten hin Zollhinterziehungen in Höhe von insgesamt 18 Millionen Franken aufgedeckt worden. In die Angelegenheit sollen 27 Firmen verwickelt sein, die ein Einverständnis mit einem Zollbeamten nur jeweils ein Drittel des Gewinns ihrer Sendungen angaben. Der Zollbeamte wurde verhaftet, die Zollbehörden haben die Bankkonten der 27 verdächtigen Firmen sperren lassen. Die Unterschleifen gehen bis auf den Oktober 1925 zurück.

Raubmörder Johann Heidger gefaßt

W.B. Köln, 25. Okt. (Tel.) Der Raubmörder Johann Heidger wurde heute vormittag in demselben Käuferhof, in dem er dieser Tage verschwunden war, und zwar in dem Oppenheimischen Hause, erfaßt. Die mit Karabinern, Handgranaten usw. ausgerüstete Polizei nahm eine förmliche Belagerung des Hauses vor, und nach einem längeren Feuergefecht wurde Heidger lebensgefährlich verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Bei dem Kampf mit dem Verbrecher wurde auch ein Polizeibeamter lebensgefährlich verletzt.

Über den Kampf mit dem Raubmörder und über seine Festnahme werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Räuber ist heute vormittag um 7.30 Uhr am Niederländer Ufer durch ein offenes Fenster in die Villa des Generaldirektors Dr. Dertel von der Colonia-Versicherungsgesellschaft eingestiegen. Das Küchenpersonal brachte er durch Bedrohung mit dem Revolver zum Schweigen. Dann bedrohte er den Direktor Dr. Dertel mit dem Revolver. Der Chauffeur stieg auf die Straße und gab Alarmrufe ab, welche die Polizei herbeiführte. Durch das Überfallkommando wurde das Haus umzingelt. Die Kriminalpolizei und Schupoleute drangen in das Haus ein und durchsuchten jeden Raum, bis man endlich in das südliche Schlafzimmer der obersten Etage kam, wo sich Heidger verborgen hatte. Als er merkte, daß die Verfolger ihm auf den Fersen waren, rüch er sämtliches Mobiliar gegen die Tür. Die Polizeimannschaften versuchten, die Tür einzubrüchen, was aber nur teilweise gelang, da es eine sehr schwere Tür war. Bei dieser Gelegenheit bekam ein Oberwachmeister einen schweren Kopfschuß. Man nahm nunmehr Handgranaten zu Hilfe und damit wurde zunächst die Tür gesprengt. Die Polizeimannschaften warfen eine zweite Granate in den Raum hinein und Heidger wurde aufgefordert, herauszukommen. Nach der zweiten Handgranate lud er nochmals seine Pistole und erst nach der dritten Handgranate sagte er, kam aber immer noch nicht heraus. Er sah unmittelbar neben der Tür zusammengekauert und hielt in jeder Hand einen schußfertigen Revolver, bis ihn schließlich ein Schuß in die Erde unvermutet zur Strecke brachte. Er hatte einen Brustschuß und einen Handgelenkschuß davongetragen und schwere Verletzungen im Gesicht.

und wie neben der landeseigenen Verwaltung eine Auftragsverwaltung in dem Sinne geschaffen werden kann, daß die Reichsregierung die Landesregierungen mit der Führung von Angelegenheiten der Reichsverwaltung beauftragt. 3. Diefem Ausschuß werden die Erklärung der Reichsregierung und die Referate für den Verfassungsausschuß zur Prüfung überwiesen.

Außer dem bayerischen Antrag hat der preussische Vertreter, Ministerialdirektor Bredt, den Standpunkt Preußens in einem Antrag entwickelt, der die Entschlieung der Reichsregierung im ganzen als eine geeignete Grundlage der Arbeiten der Länderkonferenz bezeichnet. Zu dem Punkt 4 der Entschlieung, der das für Preußen entscheidende Problem des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen behandelt, wird aber der Vorbehalt gemacht, daß vor einer endgültigen Entscheidung hierüber zunächst einmal klar herausgearbeitet werden müsse, ob sich das Verhältnis zwischen dem Reich und allen Ländern, also auch den nichtpreussischen, befriedigend gestalten läßt.

Außerdem wurde der Konferenz auch von sächsischer Seite und von der Reichsregierung je ein weiterer Antrag vorgelegt.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun empfing am Mittwoch die Teilnehmer an der Länderkonferenz über Reichsreform, darunter die Staats- und Ministerpräsidenten sämtlicher im Reichsreformsausschuß vertretenen Länder, und die Mitglieder des Reichs- und des preussischen Kabinetts zu einem Frühstück.

* Koalitionsverhandlungen

Zwischen Vertretern der Sozialdemokratie und des Zentrums haben gestern Besprechungen in der Koalitionsfrage stattgefunden. Nähere Mitteilungen über das Ergebnis dieser Besprechungen sind bisher nicht gemacht worden. Beide Parteien legen Wert darauf, zu betonen, daß es sich einstweilen nur um ganz unverbindliche und vertrauliche Vorbesprechungen gehandelt hat.

Dennoch weiß man zur Genüge, welches die strittigen Punkte sind, die noch einer Klärung bedürfen. Das Zentrum wünscht, daß, bevor es sich in aller Form an der Regierung im Reich beteiligt, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg geräumt werden. Die wichtigste ist die Panzerkreuzerfrage. Praktisch zeigen sich zu deren Lösung eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder verzichtet die Sozialdemokratie im Reichstag auf ihren gegen den Panzerkreuzer gerichteten Antrag, und die Zentrumspartei tritt dann sofort in das Kabinett ein, oder die Sozialdemokratie beharrt bei ihrem Antrag, dann nimmt die Sache ihren parlamentarischen Verlauf, und das Zentrum tritt erst später, nachdem das Parlament gesprochen hat, ins Kabinett ein. Wohl schon in den nächsten Tagen wird man sehen, welche von beiden Möglichkeiten in Betracht kommt.

Schwierig ist die Lösung des Problems unter allen Umständen, da bereits die erste Variante für den Panzerkreuzer bewilligt ist, und Schadenersatzansprüche der Werft befürchtet werden müssen, für den Fall, daß nun der Panzerkreuzer nicht gebaut wird. Die erste Variante selbst wäre natürlich nutzlos verurteilt, wenn das Parlament mit Mehrheit einem etwaigen sozialdemokratischen Antrag zustimmt. Andererseits ist auch die sozialdemokratische Parteileitung in einer fatalen Lage, da die sozialdemokratischen Wähler den Bau dieses Panzerkreuzers ablehnen. Daß sie sich bei ihrer Ablehnung auf das Urteil des bekannten rechtsradikalen Führers, des Kapitänleutnants a. D. Erhardt, berufen können, der den Bau des Panzerkreuzers als „unnütze Spielerei“ bezeichnet, ist beinahe so etwas, wie eine Fronie der Weltgeschichte.

In der nächsten Woche werden die Verhandlungen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum fortgesetzt werden. Gleichzeitig sollen jetzt aber auch die Verhandlungen über die Erweiterung der preussischen Regierung beginnen. Prinzipiell sind die beteiligten Parteien zu dieser Erweiterung durchaus bereit. Schwierigkeiten könnten entstehen, wenn das preussische Kabinett in der Frage des Konfords eine Haltung einnehmen sollte, die es der Deutschen Volkspartei unmöglich macht, dem Kabinett beizutreten. Für diesen Fall wäre aber wohl auch mit einem Austritt der Demokraten aus der preussischen Koalition zu rechnen. Wahrscheinlich wird man in Preußen die Gefahr dadurch bannen, daß man von vornherein auf jene Stimmungen bei den beiden liberalen Parteien Rücksicht nimmt. Daß die Deutsche Volkspartei auch die Vereinnahmung der Wirtschaftspartei in die Große Koalition befürwortet, braucht kein Hindernis zu sein.

Was die gesamtpolitische Einstellung der Deutschen Volkspartei betrifft, so hat der auf dem rechten Flügel der Partei stehende Parteivorstand Dr. Scholz dieser Tage in einer Rede in Tilsit Töne angeschlagen, die auch links angenehm berühren werden. Dr. Scholz hat zur Außenpolitik erklärt, die deutsche Nation sei durch Reichskanzler Müller in Genf in einer Weise vertreten worden, die der nationalen Würde Deutschlands vollkommen entsprochen habe, und man müsse dem Kanzler dafür Dank sagen. Sehr im Gegensatz zu gewissen Vorgehensweisen in der deutschen Presse, die wir hier schon von Anfang an beklagt haben und richtigstellen, hat Scholz betont, daß die deutsche Diplomatie in Genf einen Erfolg erzielt habe, da das Problem der Gesamttrännung des Rheinlands jetzt ausdrücklich durch die Mächte als ein zu diskutierendes Problem anerkannt sei, und da nunmehr auch die Reparationsfrage von der Gegenseite auf die Tagesordnung der allernächsten Zeit gesetzt worden sei.

Zur innern Politik hat Dr. Scholz erklärt, daß, nachdem der Stahlhelm sich derartig radikal entwickelt habe und in die Arena der Parteipolitik hinabgestiegen sei, ein deutschvolksparteilicher Abgeordneter dieser Organisation nicht mehr angehören könne. Weniger prominenten Angehörigen der Partei jedoch hat Dr. Scholz empfohlen, einstweilen im Stahlhelm zu verbleiben, um dort eine Rückentwicklung zu der Politik der letzten Zeit fördern zu können.

bern zu können. Wie man hört, ist zum mindesten dem Bundesvorsitzenden Selbte der neuerliche Radikalismus des Stahlhelms und eine Anlehnung der Deutschnationalen Volkspartei nicht erwünscht, so daß vielleicht mit einer Revision der bekannten Sozialpolitik zu rechnen ist. Im ganzen gesehen, sind jedenfalls die Aussichten für das Zustandekommen der Großen Koalition im Reich und in Preußen nicht ungünstig. Zweifellos hat auch die Entwicklung innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei die Wege für die Errichtung der Großen Koalition geebnet.

Tagung des Deutschen Beamtenbundes

Wie gemeldet, nahm in Berlin am Mittwoch der 6. ordentliche Bundestag des Deutschen Beamtenbundes seinen Anfang. Im Tätigkeitsbericht der Bundesleitung führte der Bundesvorsitzende Flügel u. a. aus: Die Besoldungsreform habe vielerlei Mängel. Der DDB werde auf Abhilfe hinarbeiten. Was den sogenannten Konflikt mit den Beamtenabgeordneten betreffe, so wolle der Beamtenbund nach dem Grundsatz der Verfassung die Abgeordneten aus Beamtenkreisen, die seine Mitglieder seien, nicht in dem Maße binden, wie man in guter Absicht wünschte. Das aber müsse von ihnen erwartet werden, daß sie die Beschlüsse des DDB beachten und sich bemühen, sie in ihren Fraktionen durchzuführen. Die dringend wünschenswerte Verwaltungsreform werde neuerdings immer häufiger mit der Besoldungsreform in Zusammenhang gebracht, und es gewinne den Anschein, als sei der Wille nach Degimierung der Beamtenschaft jeden Preis der letzte und tiefste Grund des Schreies nach Verwaltungsreform. Der Befehl der Verfassung des neuen Deutschen Reiches, ein Beamtenrecht zu schaffen, sei leider noch immer nicht ausgeführt. Der DDB verlange, daß die Verabschiedung der gesamten Beamtenrechtsmaterie, ein einheitliches Beamtenrecht auf freibeitlicher und sozialer Grundlage, noch in dieser Legislaturperiode erfolge. Zu den Staatsbürgerrechten gehöre auch das der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Das Verhältnis des DDB zum Deutschen Beamtenwirtschaftsbund werde einer grundlegenden Änderung unterzogen werden, um eine reinliche Scheidung gewerkschaftlicher und wirtschaftspraktischer Aufgaben zu erreichen. Der Konzentration der Kräfte und der Schaffung eines Einheitswillens der deutschen Beamtenschaft habe der Zusammenschluß mit dem Gesamtverbande deutscher Beamtenvereinigungen gedient, der auf dem vorigen Bundestage vollzogen wurde. Einigungsbehandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund seien früher und neuerdings an den stark einseitigen Bindungen gescheitert, die der DDB mit den freien Gewerkschaften eingegangen sei. Solche Bindungen einzugehen, lehne der Deutsche Beamtenbund ab, er verwahre sich aber dagegen, deswegen als Gegner der freien Gewerkschaften bezeichnet zu werden. Die Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände hätten erfreulicherweise zu einem Aberein kommen geführt.

DDB, Berlin, 25. Okt. (Tel.) Der Deutsche Beamtenbund feierte am Donnerstag mit einer großen öffentlichen Kundgebung seinen diesjährigen Bundestag fort. Der Bundesvorsitzende Flügel führte in seiner Begrüßungsansprache u. a. aus, daß die neuerliche Vereinbarung des Deutschen Beamtenbundes mit dem Gewerkschaftsring einen Fortschritt auf dem Wege zur organisatorischen Gesamtzusammenfassung des deutschen Beamtentums bilde. Besonders herzlich begrüßte er die Vertreter des Beamtenbundes der Freien Stadt Danzig, des Saarbeamtenbundes und die Delegierten aus dem besetzten Gebiet. Trotz Locarno und Völlerbund, so erklärte der Redner, seien immer noch erhebliche Teile deutschen Landes besetzt. Wir wünschen, man möchte im Verkehr der Staaten nicht immer nur von dieser Atmosphäre des Vertrauens sprechen, sondern endlich einen offenkundigen Beweis dieses Vertrauens liefern und die immer noch besetzten deutschen Gebiete und das Saarland freigegeben. (Leb. Beifall.)

Das abgelehnte deutschnationale Triumvirat

Über die Vorgänge, die zur Wahl Eugenbergs an die Spitze der Deutschnationalen Volkspartei führten, berichtet die „Arbeitszeitung“ jetzt u. a.: Der Gedanke eines sogenannten Triumvirats ist aus den Kreisen der Landesverbände, die sich in der Juli tagung unter dem Vorsitz des Geh. Rats Eugenbergs zusammengeschlossen hatten, schon seit längerer Zeit dem Grafen Westarp mitgeteilt worden. Eugenberg hatte einer solchen Lösung grundsätzlich zugestimmt und war bereit, mit dem Grafen Westarp zusammen die dreiföpfige Parteiführung zu bilden. In den letzten Tagen vor dem 20. Oktober verbreitete sich der Kreis derjenigen, die diesen Gedanken des Triumvirats als einen geeigneten Weg zur Herbeiführung voller Einstimmigkeit betrachteten, immer mehr, und Graf Westarp ist wiederholt von verschiedenen Seiten gedrängt worden, dem Triumvirat zuzustimmen und persönlich sich hineinzuwählen zu lassen. Er hat indessen den Gedanken einer dreiföpfigen Führung bestritten. Nachdem die Ablehnung des Grafen Westarp feststand, haben auch andere maßgebende Mitglieder der Reichstagsfraktion, an die man sich gewendet hatte, den gleichen Standpunkt eingenommen. So ist der Gedanke einer Führung durch drei gleichberechtigte Vorsitzende an dem Widerspruch und der Ablehnung des Grafen Westarp gescheitert. Es wäre für die Partei schwer gewesen, so schlecht das Blatt, der Haltung Westarps zustimmend, wirksam für den Kaiser gebanten einzutreten, wenn sie bei sich selbst den Führer gedanken verlassen hätte.

Der Mecklenburgische Landtag erklärt sich für gültig. Im Wahlprüfungsausschuß des Mecklenburg-Schwerinschen Landtags wurde nach längerer Debatte eine von den Deutschnationalen eingebrachte Entschließung mit den Stimmen aller Abgeordneten bei Stimmhaltung der Kommunisten angenommen, in der es heißt, die Anwendung der vom Staatsgerichtshof für ungültig erklärten Änderung des Landtagswahlgesetzes stehe in keinem ursächlichen Zusammenhang zum Wahlergebnis. Die Wahl sei daher als gültig anzusehen.

Thälmann-Direktorium. Dem linkskommunistischen Berliner „Volkswillen“ zufolge, wird die kommunistische Partei Deutschlands seit dem 19. Oktober von einem dreiföpfigen Direktorium geleitet, das aus Thälmann, Kemmele und Heinz Neumann besteht. Nach außen werde diese Körperschaft als „Politisches Sekretariat“ bezeichnet, in Wirklichkeit sei aber ihre Bildung eine Ausschaltung des gesamten Zentralkomitees. Nach derselben Quelle sind zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees nach Kozlau zitiert worden.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in der Münchener-Glabacher und Dürener Textilindustrie auf Grund der für verbindlich erklärten Schiedssprüche wird voraussichtlich am Montag erfolgen. Da hiermit der Arbeitsfriede in der Textilindustrie wieder hergestellt ist, werden die von den Arbeitgeberverbänden beschlossenen Gesamtkündigungen der Textilarbeiter von Rheinland und Westfalen nicht durchgeführt.

Brauchen wir ein Reichssozialamt?

Landtagsabgeordneter Dr. Baumgartner schreibt in einem Artikel im „Lab. Beobachter“:

Die öffentliche Diskussion über die „Reichsreform“ wird nunmehr lebhafter und die Vorschläge werden konkreter. Im Rahmen einer Antwort auf die oben gestellte Frage kann hier zunächst auf die verschiedenen Vorschläge, auf die offenen und versteckten Pläne zur „Reform“ nicht eingegangen werden. Wenn nun Pläne geübt werden, ein Reichssozialamt zu errichten, so würde dies wiederum beweisen, worauf bestimmte Kreise hingielen, nämlich auf die weitere Ausdehnung der Zuständigkeiten und staatlichen Oberaufsicht der Länder. Der noch einen Rest von psychologischen und praktischen Verständnis sich bewahrt hat für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen Ländern wird zugeben müssen, daß man die damit zusammenhängenden Verwaltungsaufgaben nicht zentral von Berlin aus bearbeiten kann.

Es bestreitet ja niemand, daß die großen wirtschaftlichen und sozialen Materien, d. h. das Arbeitsrecht und Versicherungsrecht, Arbeitsnachweis und Arbeiterschutz, soweit sie einer einheitlichen gesetzlichen Regelung bedürfen — das ist ja auch in Artikel 7 der Reichsverfassung vorgesehen —, reichsgesetzlich festzulegen sind. Aber der Vollzug der Sozialgesetzgebung, d. h. die Aus- und Durchführung ihrer Verwaltung bedarf nicht der unitarischen Form, sondern muß der Eigenart jedes Wirtschafts- und Sozialgebietes angepaßt werden. Das aber ist gewährleistet durch die Verwaltungsbehörden der Länder und ihrer Bezirksstellen im Lande. Sie allein sind in der Lage, die Verhältnisse zu kennen und zu überblicken, denn die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse stehen sehr oft in engem Zusammenhang mit anderen Verwaltungsaufgaben, eine völlige Loslösung der rein sozialen Angelegenheiten von der allgemeinen Verwaltung würde gerade für die praktische Durchführung sozialer Gedanken und Notwendigkeiten eine große Gefahr bedeuten. Der Verwaltungsbeamte in allen Stufen muß bei all seinen Maßnahmen, die er zu treffen hat, stets den Blick auf das Ganze richten, er muß sozial im vollsten und umfassendsten Sinne des Wortes sein, d. h. er muß das Wohl aller Bürger, aller Stände und Berufsgruppen im Auge haben, muß da zuerst eingreifen, wo die Not am dringendsten ist, ohne die Auswirkungen jeder Verwaltungsmäßnahme auf andere Schichten zu verkennen. So scheint es mir unmöglich zu sein, neben den Landesbezirksstellen noch Reichsbezirksstellen zu errichten. Das würde nicht nur eine Erhöhung der Kosten, sondern eine Erschwerung und Komplizierung des Verwaltungsganges in hohem Maße bedeuten. Man könnte für ein solches Unterfangen Verständnis haben, wenn der strikte Nachweis erbracht wäre, daß für ein Reichssozialamt mit seinen Unterbehörden eine unbedingte und unerlässliche Notwendigkeit vorliegt. Diesen Nachweis hat man aber bis jetzt nicht erbracht und wird ihn auch nicht erbringen können. Haben denn die bisherigen Landessozialverwaltungen verfaßt? Oder haben sich bei ihrer Verwaltungspraxis so schwerwiegende Mängel ergeben, daß man auch diese Angelegenheiten in die „starke Hand“ einer neuen Reichszentrale und neuer Reichsstellen in den Ländern legen muß? Das wird mit Recht niemand behaupten wollen.

In Baden ist die Organisation der Landesbehörden für die sozialen Fragen folgendermaßen aufgebaut:

1. a) die Versicherungsämter — bei den Bezirksämtern eingerichtet, also 40,
b) die Oberversicherungsämter am Sitz der Landeskommission, aber ohne Verbindung mit diesen, 4,
c) das Landesversicherungsamt in Karlsruhe.
2. Das Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe.

Die Versicherungsbehörden und die Gewerbeaufsicht haben in Baden im allgemeinen durchaus befriedigend gewirkt. Namentlich muß der Grundgedanke der Organisation der Versicherungsämter: die Angleichung an die unteren Staatsverwaltungsbehörden (§ 36 der Reichsversicherungsordnung) auch heute noch als zutreffend bezeichnet werden. Die Versicherungsbehörden sind damit der allgemeinen Landesverwaltung angepaßt, wohin sie auch innerlich gehören. Die Beziehungen der Sozialversicherung zu allen Zweigen der Verwaltung sind eng, besonders aber zu dem Fürsorgewesen (oder soll dieses auch noch mit der Zeit den Sozialämtern zugewiesen werden?). Die Versicherungsbehörden sind auf die laufende Mitarbeit der Gemeindebehörden und der Bezirksärzte angewiesen.

Besonders bedeutsam ist, daß die Versicherungsämter der jetzigen Organisation der Bevölkerung nahegerückt sind. Das Bezirksamt ist die der Bevölkerung vertraute Behörde. Die Bezirke der Versicherungsämter sind auch heute noch so eingeteilt, daß das Amt ohne allzu großen Zeitaufwand erreicht werden kann. Dagegen würden die Sozialämter, falls sie in der Zahl der Arbeitsämter errichtet würden, auf etwa ein Drittel der Zahl der bisherigen Versicherungsämter zusammengezogen werden. Wenn aber, wie angegeben wird, vorerst im Reich nur 120 Sozialämter errichtet werden sollen, entfielen auf Baden ganze vier. Es ist selbstverständlich, daß man dann nicht ohne weitere Unterbehörden auskommen kann; es müßten also entweder weitere Sozialämter in größerer Zahl errichtet werden, oder die Landesverwaltungsbehörden müßten sich als Unterorgane der Reichssozialämter zur Verfügung stellen. In diesem Falle wäre aber gar nichts gewonnen, außer daß sich Reichsbehörden in die Landesverwaltung eingeschoben hätten.

Aber auch wenn die Zahl der Sozialämter auf etwa 12 in Baden vermehrt würde, hätte dies doch nicht zur Folge, daß ein wirklicher Zusammenhang mit der Bevölkerung entstünde, sie blieben Fremdkörper, die in den natürlichen Verhältnissen keine Wurzel haben.

Was dieser neue Apparat kosten würde, läßt sich schon heute etwa ausrechnen. Dabei wollen die Initiatoren glauben machen, daß sie „sparen“ wollen. Man bleibe uns vom Reibe mit neuen Reichsämtern und Reichsbehörden in den Ländern. Die Landesbehörden haben bisher die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten gut verwaltet; sie werden dies auch in der Zukunft tun zum Wohle des ganzen Volkes.

Die Todesstrafe. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages vertagte am Mittwoch die Abstimmung über die Todesstrafe bis nach den Verhandlungen über die Sicherungsverwahrung. Die Abstimmung kann also etwa Anfang oder Mitte nächster Woche erfolgen. Es steht aber noch nicht fest, ob dann die Abstimmung erfolgen wird; das hängt vielmehr noch von den Verhandlungen über die Sicherungsverwahrung ab.

Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Oberleutnant Schulz. Ein Antrag des Rechtsanwalts Dr. Luetgebrunn, Göttingen, für Wiederaufnahme des Verfahrens, in dem der Oberleutnant a. D. Paul Schulz zum Tode verurteilt wurde, liegt nunmehr mit ausführlicher Begründung im Wortlaut vor. Der Antrag stützt sich auf 30 einzelne Punkte. Für diese 30 Punkte werden 61 Beweise angeführt. Nach den erbrachten Tatsachen und Beweismitteln sei die Tat der sog. „Feme“-Schuldigen an sich schon durch Notwehr gerechtfertigt, oder, wie der Antrag sagt, doch wenigstens durch gutgläubige Annahme der Notwehr entschuldigt.

Gegen den kommunistischen Terror in Hamburg

Der Hamburger Senat hat das Weitererscheinen der „Volkzeitung“, die in den letzten Tagen in Wort und Bild unverhüllt zu bewaffnetem Aufstand nach dem Vorbild der Oktoberkämpfe von 1928 aufgefordert hat, verboten. Das Verhalten der „Volkzeitung“ ist im Zusammenhang mit den Gewalttätigkeiten zu beurteilen, durch die gegenwärtig Angehörige der kommunistischen Partei eine wilde Streikbewegung im Hamburger Hafen auszuweiten versuchen. Der Senat hat die Polizeibehörde angewiesen, die Ruhe im Hafen aufrechtzuerhalten und allen terroristischen Absichten entgegenzuwirken.

In Ausführung der Senatsverordnung hat die Polizeibehörde in Hamburg verfügt, daß Unbefugten das Betreten des Freihafens verboten ist. Die Polizeibeamten sind angewiesen, Personen, die sich nicht einwandfrei über ihre im Freihafen liegende Arbeitsstelle oder ihre Zugehörigkeit zur Besatzung eines im Hafen liegenden Schiffes ausweisen können, aus dem Freihafen zu entfernen. Der Polizeischub im Hafen wurde erneut bedeutend verstärkt. Nach Mitteilung der Polizeibehörde sind jetzt so viele Polizeikräfte eingesetzt, daß jede Behinderung der Vermittlungstätigkeit sowie der Abfahrt zu den Arbeitsstätten unterbunden ist.

Sturm im Colmarer Generalrat

Bei der Eröffnung des Generalrats des Departements Ober-Rhein am Mittwoch zu außerordentlichen, lärmenden Kundgebungen, die der Präfeld der Abg. Miklin und Hoff angezeigte. Der Zutritt zum Sitzungssaal wurde ihnen verweigert, doch gestattete man den beiden Abgeordneten, im Zuschauerraum Platz zu nehmen. Brogly und Abbé Gacay protestierten und verlangten die Zulassung von Hoff. Dieser rief vom Zuschauerraum aus in den Saal, daß sie vom Volke gewählt und durch den Willen des Volkes hier seien. Als der Präfeld darauf hinwies, daß der Abgeordnete zur Achtung der Justiz mit gutem Beispiel vorangehen müsse, erwiderte Brogly, H. „Temps“: „Was hier geschieht, ist nicht Justiz, sondern eine Conaillerie.“ Wie der „Temps“ weiter meldet, soll Miklin vom Zuschauerraum gerufen haben, daß es heute 10 Jahre wären, daß er im Reichstag die Trennung Elsaß-Lothringens vom Reiche proklamiert habe und es deshalb schmählich sei, daß man ihm jetzt den Eintritt in den Generalrat verweigere. In einer Geheimstimmung wurde dann beschlossen, Dr. Miklin und Hoff ohne Stimmrecht zu den Beratungen zuzulassen.

Was meldet aus Metz, daß bei der Eröffnungssitzung des Generalrats der mit Stimmenmehrheit gewählte Autonomist Antoni, dessen Wahl von den Behörden nicht bestätigt worden war, erst nach zweimaliger Aufforderung durch den Vorsitzenden und nach Unterbrechung der Sitzung den Sitzungssaal verließ. Der Generalrat hat erst dann seine Arbeiten begonnen.

Tausend Seiten Urteilsbegründung im Fall Barmat. Wie eine Berliner Gerichts-Korrespondenz hört, ist die Fertigstellung der schriftlichen Begründung des Urteils, das anfangs dieses Jahres gegen Barmat und Genossen erging, Ende des Jahres 1928 zu erwarten. Die schriftliche Begründung des Urteils wird sehr eingehend das Ergebnis der Beweisaufnahme würdigen, die bekanntlich über ein ganzes Jahr dauerte, und wird voraussichtlich über tausend Schreibmaschinenseiten umfassen.

Kurze Nachrichten

Barter Gilbert wieder in Berlin. Nachdem Barter Gilbert Mittwoch von seiner Reise nach Paris, London und Brüssel wieder in Berlin eingetroffen ist, wird damit gerechnet, daß er heute die Fühlung mit den zuständigen deutschen Stellen aufnehmen, um ihnen ein Bild seiner Verhandlungen und Eindrücke im Ausland zu geben. Bei diesen Besprechungen dürften die Verhandlungen über die Einsetzung der Expertenkommission, die feinerzeit in Genf beschlossen worden ist, in das entscheidende Stadium treten.

Der Ständige Mandatsausschuß des Völkerverbundes, in dem als erster deutscher Vertreter seit einem Jahre Geheimrat Cahl mitwirkt, tritt am kommenden Freitag zu einer neuen Sitzung zusammen, die etwa 14 Tage dauern wird. Der Ausschuß wird sich vor allem mit der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Staaten in den Mandatsgebieten zu befassen haben, deren Verwirklichung von der letzten Völkerverbunderversammlung unter Zustimmung des Rates mit Nachdruck verlangt wurde.

Zur Tarifbewegung der deutschen Seeleute. Auf Ersuchen des Reichsarbeitsministers lud der Hamburger Schlichter die Parteien für Freitag nachmittag zu Verhandlungen über einen neuen Seuertarif für Seeleute ein. Der alte Tarif tritt am 31. Oktober d. J. außer Kraft.

Schnageverfahren wegen des Dokuments über das Flottenabkommen. Der französische Justizminister Barthou hat in der Angelegenheit des von dem Korrespondenten der Hearst-Presse, Moran, nach Amerika gelabelten Geheimdokuments eine gerichtliche Untersuchung angeordnet. Die Staatsanwaltschaft hat darauf gegen den Beamten des Quai d'Orsay, Pöbel, und den französischen Journalisten, Delaplanaue, die in die Angelegenheit verwickelt sind, das Verfahren wegen Spionage eröffnet.

Der Hafenarbeiterstreik in Marseille. Die gestrigen Bemühungen des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten zwischen den streikenden Seeleuten in Marseille und der Reedereien einen Ausgleich zu schaffen, sind ergebnislos geblieben.

Schwere Ausschreitungen in Debreczin. Aus Debreczin (Ungarn) werden neue schwere Ausschreitungen der dortigen Studenten und der Schüler der landwirtschaftlichen Akademie gemeldet. Die Polizei mußte von einer benachbarten kleinen Stadt Verstärkung erbitten. Die religiösen Zwistigkeiten in Indien. Montagabend explodierte in Lahors eine Bombe mitten in einer großen Menschenmenge, die von einer religiösen Hindufeier zurückkehrte. 5 Personen wurden getötet, 21 verletzt. Bis jetzt wurden keine Verhaftungen vorgenommen.

Der Mord bei Berlin

Zu derselben Zeit, als man das Kapitalverbrechen an der Chaussee zwischen Libars und Wittenau entdeckte, wurde in einiger Entfernung in Richtung Blankenburg noch ein unbekannter Mann erschossen aufgefunden. Bei der Leiche lag eine Vitulipistole, mit der er sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen hat. Hier liegt offenbar Selbstmord vor. Die Mordkommission untersucht, ob dieser Freitod etwa in Verbindung mit dem Mord bei Libars stehen könnte.

Zugzusammenstoß in Schottland

W.A. London, 25. Okt. (Tel.) Der Nachtschnellzug London—Aberdeen stieß heute nacht um 3.15 Uhr bei Loderbis (Schottland) mit einem Güterzug zusammen. Hierbei wurden die beiden Zugführer und die beiden Feizer getötet.

Badischer Teil

Berufsjubiläum eines Redakteurs

Dieser Tage feierte — auf seinen eigenen Wunsch in aller Stille — der Chefredakteur der „Karlsruher Zeitung“, Badischer Staatsanzeiger, Curt Amend, sein 25jähriges Berufsjubiläum. — Curt Amend bezog mit 19 Jahren die Universität Leipzig, und zwar von vornherein in der Absicht, sich dem journalistischen Beruf zu widmen. Er war fünf Semester lang ein Schüler des Kulturhistorikers Karl Lamprecht und des Nationalökonomens Karl Bücher. Daneben hörte er noch andere, für den Redakteurberuf nützliche Fächer. Um so rasch wie möglich praktische Berufskenntnisse erwerben zu können, begab er sich bereits kurz nach seiner Immatulation in den Dienst einer Zeitung; er übernahm am 20. Oktober 1903 das Amt eines Gerichtsberichterstatters am „Leipziger Generalanzeiger“. Seitdem ist er ständig im Zeitungsdienst tätig gewesen. Er war nach Abschluß seiner Universitätsstudien Redakteur der „Schwarzburg-Rudolstädter Landeszeitung“ in Rudolstadt, 1907, mit 23 Jahren, wurde er Chefredakteur der „Machener Allgemeinen Zeitung“, eines zweimal täglich erscheinenden Blattes. 1909 wurde ihm die Chefredaktion und Geschäftsführung der gleichfalls zweimal täglich erscheinenden „Wiesbadener Zeitung“ vormals Rheinischer Kurier“ übertragen. Und im September 1910 erhielt er das Amt des leitenden Redakteurs der „Karlsruher Zeitung“, ein Amt, das er bis heute, also 18 Jahre lang, ununterbrochen verwaltet hat.

Abbau der Grenzsperrung im gegenseitigen Verkehr mit Frankreich

Seit 10 Jahren liegt, wie der Badische Verkehrsverband schreibt, der gegenseitige Verkehr zwischen Baden und Elsaß-Lothringen infolge einer scharfen Grenzsperrung nahezu vollkommen darüber. Die allgemeine Einreiseerlaubnis (Visum) nach Frankreich galt lange Zeit nicht für Elsaß-Lothringen, ein erleichteter Grenzverkehr bestand nicht. Für die Einreiseerlaubnis nach Elsaß-Lothringen wurden besondere Bescheinigungen oder Referenzen verlangt. Die dadurch eingetretene langjährige nahezu vollständige Abschüttung des früher sehr lebhaften Verkehrs bedeutete bei der großen Ausdehnung der deutsch-französischen Grenze längs des Oberrheins eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens der betroffenen Gebiete. Erfreulicherweise sind neuerdings wesentliche Erleichterungen eingetreten.

Die Gebühr für ein 15tägiges Visum für die Einreise von Deutschland nach Frankreich ist von 10,50 M auf 1,50 M herabgesetzt worden, in umgekehrter Richtung von Frankreich nach Deutschland kostet ein 15tägiges Visum jetzt 1 M (bisher 5 M).

Leider war es bis jetzt nicht möglich, mit Frankreich zu einem Übereinkommen über den im Friedensvertrag vorgesehenen freien Grenzverkehr zu kommen. Die Vorteile dieses freien Grenzverkehrs würden darin bestehen, daß an Stelle des sonst notwendigen Visums eines Konsulates die Bürgermeisterämter im Gebiet des Grenzverkehrs berechtigt sind, für eine geringe Gebühr Grenzschleife auszustellen, die auch zur gegenseitigen Zollfreien Mitnahme von Marktwaren berechtigen. Die bisherigen Verhandlungen hierüber zwischen der deutschen und französischen Regierung führten zu keinem Ziel, da Frankreich nur eine Zone von 5–7 Kilometer diesseits und jenseits der Grenze für den erleichterten Verkehr zulassen will, während deutscherseits eine größere Ausdehnung des Grenzverkehrs erstrebt wird. Im Interesse der Behebung des Wirtschaftslebens der beteiligten Gebiete wäre zu wünschen, daß die neu aufgenommenen amtlichen Verhandlungen bald zu einem betriebigen Ergebnis gelangen.

Gräberbesuch in Elsaß-Lothringen

Auch in diesem Jahre werden für den Besuch deutscher Gräber in Elsaß-Lothringen über Allerheiligen und den Ruh- und Rettag Befreiungen gewährt. Die Besucher müssen im Besitz eines Passes oder eines Personalausweises mit einem besonderen Sichtvermerk sein. Dieser Sichtvermerk wird gegen eine Gebühr von 1,05 M entweder vorher durch das französische Konsulat in Karlsruhe oder bei der Einreise durch die französischen Grenzstellen (Schl., Weisenburg, Lauterburg, Neubreisach, Schwab und St. Ludwig) ausgestellt. Ferner müssen die Besucher die Bescheinigung eines elsäß-lothringischen Bürgermeisters oder einer Friedhofverwaltung darüber besitzen, daß sich auf dem Friedhof der Gemeinde das Grab eines Angehörigen befindet. Reichsangehörigen ehemaligen Elsaß-Lothringern, die zu den genannten Zeiten Gräber ihrer Angehörigen in der ehemaligen Heimat besuchen wollen, werden die deutschen Pässe gebührenfrei ausgestellt oder verlängert. — Zur Erlangung eines Sichtvermerks kann auch die Vermittlung der Bezirksämter unter Einfindung der vorgeschriebenen Unterlagen (Paß oder Personalausweis, Gräberbescheinigung und Gebühren) in Anspruch genommen werden.

Vorbereitung des Katholikentages 1929

Am Donnerstag fand in Freiburg in Fr. eine kleine Vorbereitung für die Vorbereitungen des Katholikentages in Freiburg im Jahre 1929 statt, dem Generalvikar Dr. Selter als Vertreter des Erzbischofs beiwohnte. Geheimrat Dr. Herder erstattete Bericht über die Wahl Freiburgs zur Stadt des nächstjährigen Katholikentages. Er wurde dann zum Vorsitzenden des Lokalkomitees zur Vorbereitung des Katholikentages bestimmt. Bürgermeister Dr. Dörner sprach über die technische Durchführung einer so großen Veranstaltung wie sie der Katholikentag nun einmal ist. Für den Empfang der Sonderzüge aus dem Norden ist insbesondere der Güterbahnhof vorgesehen mit entsprechender Einrichtung der Straßenbahn, für die vom Südbahnhof der Bahnhof Wiehre. Die Festhalle zur Abhaltung der großen Massenveranstaltungen wird auf dem Sportplatz in der Schwarzwaldstraße aufgestellt werden. Der große Gottesdienst im Freien kann leider nicht auf einem Platz innerhalb der Stadt stattfinden, insbesondere nicht auf dem Münsterplatz, da diese Plätze für den zu erwartenden Andrang nicht ausreichen dürften.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Sturmzone zieht in nordwestlicher Richtung über das Nordmeer weiter, ohne unsere Witterung nennenswert zu beeinflussen. Da ferne besonders im östlichen Teile des Hochdruckrückens über dem Festland der Druck seit gestern noch gestiegen ist, wird die gegenwärtige, vorwiegend heitere und trockene Witterung weiterhin anhalten. — Wetterausichten: Fortdauer des heiteren und trockenen, meist milden Herbstwitters.

Das vorläufige Ergebnis der Weinernte in Baden

In der Zeitschrift „Weinbau“ lesen wir: In Baden ist die Weinernte bereits in einer ganzen Reihe von Gemarkungen beendet, so am nördlichen und östlichen Kaiserstuhl und im Breisgau. In den bevorzugten Weinorten des Kaiserstuhles, des Breisgaus, sowie in der Ortenau und in Mittelbaden, schiebt man die Lese zur Erzielung einer möglichst guten Qualität noch hinaus. Der 1928er Weinherbst befriedigt sowohl in qualitativer wie auch quantitativer Hinsicht, allerdings, wo Frostschäden zu verzeichnen sind, fällt der Ertrag zum Teil gering aus. In geringen und mittleren Weinorten wurden für 1 Hektoliter einheitslich 80 M bezahlt. Bei der Versteigerung des Herbsttragnisses der hiesigen Schloßbergreben in Staufen wurden für 1 Hektoliter — am Stod — etwa 117 M erzielt; in Hringen (Kaiserstuhl) wurden 114 M, Wafenweiler a. R. 82 bis 94 M, in Auggen 110 M, je Hektoliter angelegt. Notgewichte der bisherigen Lese 65 bis 80 Grad und mehr, für Spätburgunder 90 bis 95 Grad, in Zell-Weierbach sogar 100 Grad.

Das Kraftwert Kembs

Die Arbeiten für die Erstellung des französischen Rheinkraftwerkes bei Kembs unterhalb Basels sind in vollem Gange, und sollen so gefördert werden, daß das Kraftwerk schon im Jahre 1932 dem Betrieb übergeben werden kann. Es arbeiten daran zur Zeit 1200 Arbeiter, doch sollen in den nächsten Tagen noch etwa 800 Arbeiter dazukommen. Bereits ist ein Teil des obersten Kanalschüttes ausgehoben, und gewaltige Dämme sind im Entstehen begriffen. Vom Bahnhof Munningen ausgehend, ist auch bereits eine Bahnlinie für den Personen- und Materialtransport erstellt. Große Baggermaschinen mit Raupenrädern sind im Betriebe. Die ganze Gegend längs des Rheins von Reubof bis Mosenau ist ein gewaltiges Arbeitsfeld und wird es auf einige Jahre bleiben, bis das Kraftwerk als erste und hoffentlich auch als letzte Stufe des phantastischen Projekts einer Verlegung des Rheins in ein anderes Bett übergeben werden kann.

Bodenseefischerei-Verband

Sonntag, den 21. Oktober, tagten im Rathaus in Norisbad die Delegierten des internationalen Bodenseefischereiverbandes unter dem Vorsitz des ersten Grafen v. Girsberg, München. Vertreten waren sämtliche Berufs- und Sportfischereiverbände am ganzen Oberrhein. Die seit Jahren gemachten Versuche, die Motorenzuteile wegzubringen, sind von Erfolg gekrönt, schweizerischerseits ist die Taxe durch Regierungsbeschluss aufgehoben, Deutschland wird folgen. Dagegen sollen die Beiträge der Fischer für Fischerei erhöht werden. Betreffend Befreiung des Sees einigte man sich auf weitere Einträge von Reijnsmanen, während der Antrag des Biologen Dr. Wagner für Zander zurückgewiesen wurde. Ferner soll dahin gerichtet werden, die Patenten der verschiedenen Staaten möglichst auszugleichen. Bezüglich des großen Fischereis der Egli geht es den Fischern wie den Wissenschaftlern, man ergeht sich in Vermutungen und kommt zu keinem greifbaren Resultat.

Aus den Parteien

In Versammlungen, die im Oberland und im Unterland stattfanden, wurde für die kommenden Landtagswahlen eine neue Partei, die **Badische Bauernpartei**, begründet. Diese Partei will selbständig in den Wahlkampf eintreten und ihre Kandidaten verpflichten, daß sie nach der Wahl sich keiner politischen Partei anschließen dürfen. In der Parteipresse wird darauf hingewiesen, daß die „Badische Bauernpartei“ in Wirklichkeit eine Gründung des Landbundes ist. Der Landesausschuß der Wirtschaftspartei hat, wie gemeldet, beschlossen, selbständig in den Wahlkampf zu treten und Sonderanträge in den Wahlkreisen mit der „Badischen Bauernpartei“ als unzulässig abgelehnt.

Kreisturntag des 10. Turnkreises Baden

Nach einem schön verlaufenen Begrüßungsabend wurde Sonntag früh in Forstheim in der Englischen Halle unter dem Vorsitz des Kreisvertritters Weiß, Schwetzingen, der ordentliche Kreisturntag eröffnet, wozu an 300 Abgeordnete erschienen waren.

Nach den üblichen Begrüßungen feierten die Vertreter des Interkommunalvereins, des Landtages, der Staats- und Stadtbehörde die Bedeutung des Turnens für die Jugend, unter Bezeichnung des Lebenswertes Jahns. Begrüßungsstogramme wurden ausgeteilt mit den Turntagungen der schweizerischen und Schweizer Turner. Die gedruckt herausgegebenen Jahresberichte der Kreisbeamten fanden mit kurzer Aussprache die Zustimmung des Kreistages. Die Zahl der Vereine stieg auf 561, die Gesamtzahl der Vereinsangehörigen ist um 256 auf 74.276 zurückgegangen, und zwar durchweg bei den männlichen Mitgliedern von 15 bis 21 Jahren. Turnerei ist ein Fortschritt zu verzeichnen, wie es das Kölner Turnfest dargetan.

Die Tagesordnung war sehr reichhaltig und zeitige teilweise eine rege Aussprache. Beschlüsse wurden u. a. ein allgemeiner Wettbewerb für deutsches Turnen, Abgelehnt wurden die Anträge auf Zusammenlegung des Kreistages für Männer- und Frauenturnen 1930 in Mannheim, sowie die Einfindung von Mitgliederlisten zur Bestandserhebung. Die Kreissteuer mit 80 M wird beibehalten, ebenso der Beitrag mit 20 M für die Unfallkasse. Die errichtete Turnschule in Berlin erfordert Mittel der einzelnen Kreise, indem jährlich 1600 Kursteilnehmer aufgenommen werden sollen bei freier Verpflegung und Fahrt. In einer Entschließung wurden Staat und Gemeinden aufgefordert, das Turnwesen in seiner Bedeutung als vorwiegend Gesundheitspflege höher als bisher zu unterstützen.

Die Neuwahlen ergaben die ehrenvolle Wiederwahl des Kreisvertritters Weiß, wie auch der übrigen Kreisbeamten. Für den zurückgetretenen Kreisturnwart Geh wurde Bär, Heidelberg, gewählt und als Kreisführer Schneff; auch wird eine Frau in den Kreisturnauschuß bestimmt. Nachdem die Abgeordneten zum Deutschen Turntag 1929 gewählt worden waren, wurden die verdienten Führer Dr. Seldner, Mannheim, Eiermann vom Rhein-Redargau und Reinhard vom Markgräflertal zu Ehrenmitgliedern des Kreises ernannt.

Ausstellung „Das ewige Sandwerk“ in Mannheim. Am 11. November eröffnet die Städtische Kunsthalle Mannheim eine kunstgewerbliche Ausstellung unter dem Titel „Das ewige Sandwerk“. Die Ausstellung wagt die Frage auf, welche Aufgaben der Gestaltung in den angewandten Künsten auch heute und vorausichtlich in Zukunft der bildenden Hand vorbehalten bleiben werden, im Gegensatz zu den technisch-maschinellen Massen- und Serienerzeugnissen, die mit ihnen typisierten Formen die eigentliche Signatur der Kunst von heute und morgen abgeben.

Der Erfinder des Blaugases ein Badener. Das bei der Zeppelinfahrt oft genannte Blaugas wurde von dem am 21. Januar 1871 in Graben bei Karlsruhe geborenen Chemiker Dr. Hermann Blau erfunden.

Gemeinderundschau

Die Akademie für Drogisten in Mannheim. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist die Akademie für Drogen- und Stoffkunde, die aus dem vom Institut für Warenkunde an der Handelshochschule Mannheim veranstalteten einjährigen Studium für Drogisten hervorgegangen ist, vom 1. April 1928 ab von der Handelshochschule losgetrennt worden, um sie als besondere städtische Einrichtung zu führen. Die Ausgaben werden durch die eigenen Einnahmen der Akademie gedeckt. Der Stadt soll für die Zukunft durch die neue Regelung keinerlei Mehraufwand erwachsen. Zur Einrichtung und Verwaltung der Drogisten-Akademie hat der Bürgerausschuß noch die Zustimmung zu geben.

Omnibusverkehr in Heidelberg. Die Direktion der Heidelberger Straßen- und Bergbahnen teilt mit, daß sie demnächst für diejenigen Stadtteile, die nicht von der elektrischen Straßenbahn befahren werden, einen Omnibusverkehr einrichten wird. Es handelt sich um Anschlüsse in die Weststadt und nach Neuenheim, ferner um einen Verkehr durch die Innenstadt zur Erweiterung des bestehenden Straßenbahnverkehrs, über die Alte Brücke, wie auch über die Walz-Brücke.

Schnellere Verbindung Wiesloch-Heidelberg. Die Stadtgemeinde Wiesloch beabsichtigt, zur Verbesserung des äußerst starken Verkehrs zwischen Heidelberg und Wiesloch eine Automobillinie mit den modernsten und bequemsten Kraftwagen einzurichten. Zur Durchführung der ungefähr 11 Kilometer langen Strecke, an der sich 21 Haltestellen der elektrischen Straßenbahn befinden, benötigt diese 50 bis 55 Minuten. Im Automobus könnte diese Strecke bei höchstens acht Haltestellen in 25 Minuten zurückgelegt werden.

Die Arbeiten an der neuen Nagoldbrücke in Forstheim sind nunmehr beendet, die Zufahrtsstraßen sind auch nahezu fertiggestellt und mit der Legung der Straßenbahngleise ist bereits begonnen worden. Die Verkehrseröffnung dürfte daher in den ersten Tagen des November erfolgen können. Auch der zweigleisige Ausbau der Straßenbahn ist auf der Strecke Haswert-Rathaus schon vollendet und in Betrieb genommen bis zur Bavaria.

Kleinfeldung in Freiburg i. Br. Die von der Stadt Freiburg im Stadtteil Stühlinger an der Dreifam errichtete Wohnkolonie für Minderbemittelte wurde fertiggestellt. An Stelle der früheren Baracken sind zwölf saubere einstöckige Reihenhäuser mit 72 Wohnungen errichtet. Jede Wohnung enthält außer der Küche noch ein bis drei Wohnräume und Speicher und Keller. Sämtliche Räume sind mit elektrischem Licht versehen und des weitern an Gas und Kanalisation angeschlossen.

Bürgerausschuß Böhrnbach. Der Kampf um Neuordnung der Befolungsordnung der Gemeindebeamten wird in Böhrnbach mit außerordentlicher Heftigkeit geführt. Die Bürgerausschüsse, die über diese Frage befinden sollte, mußte abgebrochen werden, da von 57 Bürgerausschlußmitgliedern nur 27 erschienen waren, so daß der Bürgerausschuß beschlußunfähig war. Die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung fehlte geschlossen.

Der Bürgerausschuß Engen nahm den Gemeindevorschlag einstimmig an. Der Umlagefuß mit 1 M aus dem Grundvermögen, 40 M aus dem Betriebsvermögen und 7,50 M aus dem Gewerbeertrag hat eine für die Gemeinde außerordentliche Höhe erreicht.

Aus der Landeshauptstadt

Wohlfahrtsbriefmarken. In der Zeit vom 15. November 1928 bis 31. Januar 1929 werden durch die Postanstalten und die Deutsche Rothhilfe Wohlfahrtsbriefmarken mit Länderwappen zu 5, 15, 25 und 50 Pf., sowie eine Wohlfahrtspostkarte zu 8 Pf. zum doppelten Nennwert (die Wertzeichen zu 8 Pf. für 15 Pf.) vertrieben werden. Die Wertzeichen sind bis Ende April 1929 zum Freimachen von Postsendungen im Inlands- und Auslandsverkehr gültig.

Badisches Landestheater. Der Historie „Das Leben König Eduards II. von England“, die in der Nachdichtung Bert Brechts am Samstag, dem 27. Oktober, zum erstenmal hier in Szene geht, liegt das Drama „Eduard II.“ des Christopher Marlowe zugrunde, des größten unter Shakespeares Vorläufern. Außer seinem Geburtsort, Geburtsdatum und Todesmonat (Februar 1564 bis Juni 1593) ist über das Leben dieses genialen Stürmers und Drängers der elisabethanischen Epoche so gut wie nichts bekannt. Zuerst Magister, soll er Schauspieler geworden sein und ein wildes Abenteuerleben geführt haben. Bei einem Liebeshandel habe er, erst 29jährig, durch den Dolchstoß eines Nebenbuhlers den Tod gefunden. Doch sind die Quellen, aus denen diese Nachrichten fließen, nicht sehr vertrauenswürdig. „Eduard II.“ dürfte sein letztes Stück gewesen sein. Mit ihm erhebt sich der Dichter in die Sphäre der großen Tragödie, steht er an der Schwelle des echten Dramas. Auch gebührt ihm das Verdienst, die reiche Fundgrube der englischen Geschichte erschlossen zu haben und auch dadurch der Wegbereiter Shakespeares geworden zu sein.

Goloseumtheater. Die Revue: Freut Euch des Lebens!, die vielfachen Wünschen entsprechend reenaigert wurde, erfreut sich täglich eines guten Besuches, dank der ganz vorzüglichen Darstellung und Aufmachung. Das Gastspiel geht nur bis 31. d. M. Wer also einige wirklich fröhliche Stunden erleben und sich des Lebens freuen will, veräume nicht, dem Goloseum einen Besuch abzustatten. (Siehe die tägliche Anzeige.)

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 25. Okt. | | 24. Okt. | |
|-----------------------|----------|--------|----------|--------|
| | Geld | Wert | Geld | Wert |
| Amsterdam 100 G. | 168.07 | 168.41 | 168.08 | 168.42 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 111.78 | 112.00 | 111.80 | 111.20 |
| Italien . . . 100 L. | 21.965 | 22.005 | 21.97 | 22.01 |
| London . . . 1 Pf. | 20.334 | 20.374 | 20.336 | 20.376 |
| New York . . 1 D. | 4.1930 | 4.2010 | 4.1930 | 4.2010 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.375 | 16.415 | 16.375 | 16.416 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.67 | 80.83 | 80.66 | 80.82 |
| Wien 100 Schilling. | 58.965 | 59.085 | 59.94 | 60.06 |
| Prag . . . 100 Kr. | 12.428 | 12.448 | 12.428 | 12.448 |

Die britische Rohbaumwollproduktion. Im Britischen Reich werden 30 Prozent der gesamten Rohbaumwolle der Erde erzeugt. Diese Erklärung stammt vom britischen Reichsamt für den Handel, das über den Ausbau der Baumwollplantagen eine Arbeit veröffentlichte. Es wird daran erinnert, daß England seit Jahrhunderten Baumwollfabriken besitzt. Die rohe Baumwolle kam ausschließlich aus überseeischen Ländern, besonders aus den Südstaaten der Union. Jetzt kommt die Baumwolle aus Ost- und Westafrika, aus Rhodesien, Südafrika, Indien, Australien und Britisch-Indien.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Forzheim, 25. Okt. (Tel.) Heute vormittag fuhr im Bahnhof Forzheim der von Calw kommende Personenzug 904 in ein besetztes Gleis ein. Der Zug kam jedoch rechtzeitig vor der in diesem Gleis stehenden Wagenabteilung zum Halten.

D.3. Mannheim, 23. Okt. Seit Montagabend ist das Schnellpostverkehrsnetz in der Nähe von Mannheim unterbrochen. Vermutlich ist es bei Erdarbeiten beschädigt worden.

Id. Mannheim, 25. Okt. Im Oktober haben sich hier die Fahrraddiebstähle sehr gehäuft. In den letzten Tagen allein wurden 66 Räder gestohlen. Durchschnittlich wird sonst wöchentlich mit 20 Fahrraddiebstählen gerechnet.

Id. Heidelberg, 24. Okt. Am 20. Oktober ist der Termin für die Ablieferung der Pläne zum Erweiterungsbau des neuen Kollegienhauses abgelaufen. Das Preisgericht wird im Laufe des November zusammengetreten, um die von namhaften deutschen Architekten eingegangenen Pläne zu prüfen. Wahrscheinlich wird dann eine öffentliche Ausstellung der Entwürfe stattfinden.

D.3. Heidelberg, 24. Okt. Der Fabrikant Wagner von Ludwigshafen, der bekanntlich in einem mehrwöchentlichen Prozeß wegen aktiver Beamtenbestechung und Betrugs zu Gefängnis verurteilt worden war und seit einiger Zeit das Wiedererwerbungsverfahren betreibt, hat die Aufforderung erhalten, sich zum Antritt seiner Gefängnisstrafe zu melden. Da er dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er am Montag nachmittags in Heidelberg verhaftet und dem Amtsgericht Ludwigshafen zugeführt.

D.3. Mosbach, 25. Okt. Mitte Oktober hat die neugegründete Zweigstelle „Unterland“ des Badischen Waldbesitzerverbandes in Mosbach (Rathaus Fernruf 266) ihre Tätigkeit aufgenommen. In ihr Arbeitsgebiet fällt in erster Linie die Vermittlung von Ankaufsgeschäften von Waldbesitzern für Gemeinden und Private. Außerdem hat sie sich mit der Förderung der bäuerlichen Privatwaldwirtschaft im Unterland zu befassen. Hierzu werden wirtschaftliche Vorträge und Lehrwanderungen in den Gebieten, wo der bäuerliche Wald vertreten ist, im Benehmen mit den staatlichen Forstbeamten unternommen werden. Die Behandlung der forstpolitischen Fragen wird nach wie vor durch die Hauptgeschäftsstelle in Billingen erfolgen.

D.3. Redarsteinach, 24. Okt. Als das Auto der Forzheimer Witma J. Schuhmann wegen der Straßensperre bei Eberbach hier umkehren wollte, kippte bei mit Weinsäfern beladene Anhänger um. Der Inhalt von 5 Fässern — etwa 5000 Liter — ergoß sich dabei in die Straßentrinne. Der Transport war nach Lauda bestimmt.

D.3. Schluchsee, 24. Okt. Hier wurde am Sonntag die Einweihung des neuen Schulhauses vorgenommen. Nach einem feierlichen Gottesdienst erfolgte eine kleine Abschiedsfeier im alten Schulhaus, bei der Anstaltsleiter Knauer die Festsprache hielt. Dann zogen die Festteilnehmer im strömenden Regen zum neuen Schulhaus, wo Architekt Mera, Freiburg, dem Bürgermeister Albiez den Schlüssel zum neuen Schulhaus übergab, den Hauptlehrer Schneider in Empfang nahm. Die kirchliche Einsegnung wurde daraufhin von Pfarrer Nold vorgenommen.

D.3. Forzheim, 24. Okt. Seit Beginn des Monats hat auch Forzheim weibliche Polizei.

D.3. Oberweier (A. Ettlingen), 25. Okt. Vor etwa 14 Tagen wurde der Landwirt D. von einem Pferd in den linken Unterarm gebissen. Heute mußte nun D. mit einer schweren Blutvergiftung, die sich als Folge des Pferdebisses herausstellte, in lebensgefährlichem Zustand ins Karlsruher Krankenhaus gebracht werden.

D.3. Kastatt, 25. Okt. Heute nacht gegen 2 Uhr wurde in der Nähe des Niederbühler Bahnübergangs ein älterer Mann von einem etwa 20jährigen unbekanntem Räuber zur Herausgabe seiner etwa 40 RM betragenden Burschenschaft gezwungen.

Id. Edardsweiler bei Rehl, 24. Okt. Am kommenden Sonntag wird die Enthüllungsfest der von der Gemeinde Edardsweiler für die im Weltkrieg gefallenen 26 Söhne erstellten Denkmals stattfinden. Der Entwurf wurde von Dr. Ing. Alster, Architekt, Professor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, gefertigt und die Arbeit vom Bildhauer Hans Ostberg, Offenburg, ausgeführt. Das Denkmal, aus bayerischem Granit bestehend und auf dem Kirchplatz erstellt, ist in Form und Ausführung der im Weinbrennerstil erbauten Kirche angepaßt.

Wülfingen, 28. Okt. Eine hübsche Ginnahme erzielen diesen Herbst wieder wie alljährlich die hiesigen Landwirte durch das sog. „Fruchtvorsühren“, eine Ausnutzung der Lage des Dorfes im Jollauschlaggebiet. Man führt Getreide vor das deutsche Jollant Schaffhausen, erhält, je nach Fruchtart, 3 bis 5 Reichsmark Prämie pro 100 Kilo, und führt das Getreide wiederum nach Wülfingen, das in diesem Verfahren einmal als Inland und einmal als Ausland gilt, zurück.

Id. Herrsch, 25. Okt. Hier fand in den letzten Tagen die badische Bezirkskonferenz des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands statt. Nach einer eingehenden Aussprache über die Frage der Textilschulen wurde eine Entschließung zur Weitergabe an die Regierung angenommen, in der der von der badischen Regierung zur Verfügung gestellte Betrag von 2400 RM für Beihilfen zum Besuche von Textilschulen als zu niedrig bezeichnet wird. Dieser Betrag ermöglige nur drei befähigten Textilarbeitern den Besuch einer Fachschule. Aber für die gesamte badische Textilarbeiterschaft sei eine bessere Berufsausbildungsmöglichkeit notwendig. Der Verband fordert nach wie vor für die gesamte Textilindustrie die Errichtung von Textilschulen.

Staatsanzeiger

An die Bezirksämter.

Gräberbesuch an Allerheiligen in Elsaß-Lothringen.

Für den Gräberbesuch in Elsaß-Lothringen über Allerheiligen und den Buß- und Bettag (25. November) 1928 wird folgendes bekannt gemacht:

1. Es werden von den französischen Behörden besondere Sichtvermerke gegen eine Gebühr von 1,05 M erteilt, welche zu einem Aufenthalt von 4 Tagen berechtigen.
2. Voraussetzung für die Ausstellung eines solchen Sichtvermerks ist der Besitz eines Reisepasses oder eines Personalausweises und einer Bescheinigung eines elsass-lothringischen

Bürgermeisteramt oder einer Friedhofverwaltung, das sich auf dem Friedhof der Gemeinde das Grab eines Angehörigen befindet.

3. Die Ausstellung dieses besonderen Sichtvermerks erfolgt entweder vorher durch das französische Konsulat Karlsruhe oder bei der Einreise durch die französischen Grenzstellen Rehl, Weihenburg, Lauterburg, Neu-Dreifach, Eichwald und St. Ludwig.

4. Den reichsangehörigen ehemaligen Elsaß-Lothringern, die über Allerheiligen oder den Buß- und Bettag die Gräber von Angehörigen in ihrer ehemaligen Heimat besuchen wollen, sind die deutschen Pässe gebührenfrei auszustellen oder zu verlängern.

5. Im Interesse einer beschleunigten Abfertigung kann auch die Vermittlung der Bezirksämter in Anspruch genommen werden. In diesem Falle sammeln die Bezirksämter die Pässe, Personalausweise, Gräberbescheinigungen und Gebühren in ihren Bezirken und übermitteln sie in Sammelsendungen dem französischen Konsulat in Karlsruhe. Die Antragsteller sind jedoch ausdrücklich auf die gemäß Ziffer 3 gebotene Möglichkeit der Einholung der Einreiseerlaubnis im Augenblick des Grenzübertritts an den französischen Grenzstellen hinzuweisen. Die in Sammelsendungen von den Bezirksämtern dem Konsulat eingehenden Pässe werden von diesem, mit den Einreisevermerken versehen, den Bezirksämtern zwecks Aushändigung an die Geschäftler zurückgeschickt.

Die Behandlung der eingehenden Anträge ist mit größter Beschleunigung vorzunehmen.

6. Französischen Staatsangehörigen, welche über Allerheiligen oder den Buß- und Bettag Gräber ihrer Angehörigen in Deutschland besuchen wollen, sind von den Grenzübergangsstellen Ausnahmestichtvermerke auf 4 Tage gegen eine Gebühr von 1,05 M auszustellen.

Karlsruhe, den 24. Oktober 1928.

Der Minister des Innern
J. W. Föhrerbach

An die Bürgermeisterämter.

Zuwendungen an Familien anlässlich der Geburt des siebenten und jedes weiteren Kindes.

Die badische Regierung hat beschlossen, Eltern badischer Staatsangehörigkeit bei der Geburt des siebenten und jedes weiteren Kindes, sofern die übrigen Kinder noch am Leben sind, eine Staatsbeihilfe von 50 M zu überweisen, wenn sie in Baden ihren Aufenthalt haben.

Anträge auf Gewährung einer solchen Zuwendung für nach dem 31. März 1928 geborene Kinder sind durch Vermittlung des Bürgermeisters des Wohnorts der Eltern oder der Mutter, oder, falls ein fester Wohnort nicht besteht, durch Vermittlung des Bürgermeisters des Geburtsorts des Kindes beim zuständigen Bezirksamt einzureichen, welches auf Verlangen weitere Auskunft erteilt.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1928.

Der Minister des Innern
J. W. Föhrerbach

Dem evangelischen Kirchengemeinderat Creglingen wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1928.

Der Minister des Innern
J. W. Föhrerbach

Großer Bücher-Schrank
dunkel Eiche, 2,20 m hoch und 1,80 m breit, mit Schnitzereien und facettiertem Glas, tabellos erhalten, preiswert zu verkaufen in der Zeit von 9 bis 1 1/2 und 3 1/2 bis 7 Uhr.
Amend, Karlsruhe, Sophienstr. 178 II

Musikschreibung
der Tiefbauarbeiten für den Anluß der Schwarzatalstraße an die Landstraße Nr. 50 unterhalb des Lohbaches.
Die badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) in Karlsruhe schreibt für die zu gründende Schluchseevert A. G. zum öffentlichen Wettbewerb aus:
Die Tiefbauarbeiten für den Anluß der Schwarzatalstraße an die Landstraße Nr. 50 unterhalb des Lohbaches.
Die Arbeiten umfassen: etwa 4000 cbm Aushub von Überlagerungsmaterial, etwa 800 cbm Felsausbruch, etwa 240 cbm Betonmauerwerk.
Das Bedingnisheft — Bedingungsanschlag in dreifacher Fertigung — ist vom Badenwerk (Postfachkonto Karlsruhe Nr. 25630) gegen Einsendung von 20 RM vom 25. Oktober 1928 an zu beziehen. Bei freistufiger Abgabe eines Angebots und vollständiger Rückgabe der unversehrten Unterlagen werden 15 RM zurückvergütet.
Die Bedingungsanschlagsfrist findet am 17. November 1928, um 11 Uhr vormittags, im Badenwerk zu Karlsruhe, Hebelstraße 2/4, statt. Bis zu diesem Termin sind die Angebote mit der Aufschrift „Anluß der Schwarzatalstraße an die Landstraße 50 unterhalb des Lohbaches“ verschlossen, post- und bestellgeldfrei an das Badenwerk einzuliefern. Der Absender muß ersichtlich sein. Später eingehende Angebote werden nicht mehr berücksichtigt. Die zum Öffnungstermin erscheinenden Bieter müssen mit schriftlicher Vollmacht versehen sein.
Die Zuschlagsfrist beträgt 6 Wochen nach Angebotsöffnung. Die Bewerber bleiben bis zu diesem Zeitpunkt an ihr Angebot gebunden.
Im übrigen gilt Din 1960, soweit vertraglich nichts anderes bestimmt ist.
Karlsruhe, den 25. Oktober 1928.
Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) Karlsruhe.

Eintracht
Freitag, 26. Oktober
abends 8 Uhr
Schubert-Liederabend
Elena Gerhardt
Am Flügel: Generalmusikdirektor Ernst Mehlich (Baden-Baden)
„Elena Gerhardt ist die Liedersängerin“
(London Times)
Karten zu 1,50, 2,50, 3 und 4 RM. (für die Abonnenten der Neufeld'schen Kammermusik-Konzerte ermäßigt) bei
Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, Tel. 2577 28

Ortenauer Sparkasse, Windschlag (Baden)
Öffentliche Verbandsparkasse
Bilanz per 31. Dezember 1925

| Vermögen: | RM | Schulden: | RM |
|--------------------------|-----------|-----------------------------|-----------|
| 1. Kassenbestand | 1214,98 | 1. Spareinlagen | 53 847,85 |
| 2. Schuldscheindarlehen | 54 706,— | 2. Anlehenskapitalien | 20 000,— |
| 3. Hypothekendarlehen | 18 850,— | 3. Sonstige Kapitalschulden | 13 596,34 |
| 4. Grundstückskaufgelder | 1 700,— | 4. Reingewinn | 566,64 |
| 5. Sonstige Forderungen | 7 000,— | | |
| 6. Sonstige Guthaben | 397,75 | | |
| 7. Rückstände | 3 497,60 | | |
| 8. Gerätschaften | 644,50 | | |
| | 88 010,83 | | 88 010,83 |

Bilanz per 31. Dezember 1926.

| Vermögen: | RM | Schulden: | RM |
|--------------------------|------------|-----------------------------|------------|
| 1. Kassenbestand | 738,64 | 1. Spareinlagen | 120 817,28 |
| 2. Schuldscheindarlehen | 97 471,— | 2. Giroeinlagen | 2 216,10 |
| 3. Hypothekendarlehen | 150 132,65 | 3. Anlehenskapitalien | 143 587,25 |
| 4. Grundstückskaufgelder | 1 300,— | 4. Sonstige Kapitalschulden | |
| 5. Sonstige Forderungen | 11 967,50 | darunter Rücklagen | |
| 6. Wechsel | 101,30 | 1 395,28 RM | 7 395,67 |
| 7. Sonstige Guthaben | 4 124,42 | 5. Rückstände | 103,— |
| 8. Rückstände | 8 604,97 | 6. Reingewinn | 1 365,28 |
| 9. Gerätschaften | 1 044,50 | | |
| | 275 484,58 | | 275 484,58 |

Ortenauer Sparkasse, Windschlag.
Göhlinger. R. 930

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“
Drud & Traun, Karlsruhe

Bekanntmachung.
Stadtanleihen betr.
Die im laufenden Jahre planmäßig zu tilgenden Beträge der Anleihen von 1924 und 1926 sind freihändig befristet worden.
Baden-Baden, den 18. Oktober 1928.
Der Oberbürgermeister:
Fischer.

Ludwig Schweigut
Karlsruhe i. B.
Kerpensstraße 4
beim Rondellplatz
Flügel
Pianino 724
Harmonium
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Jagdverpachtung
Das Bad. Forstamt Mittelberg in Ettlingen verpachtet Montag, den 12. November 1928, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthaus „Schönblick“ in Marzell die Jagd in den Staatswaldstücken Zannenwald und Reienbach — 570 ha (einschl. 11 ha Feld) — in einem Jagdbezirk vom 1. Februar 1929 an auf 6 Jahre. Die Bedingungen können beim Forstamt eingesehen werden.
R. 934

R. 933 Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Schulmachers-einlangsoffenshaft e. G. m. b. H. in Offenburg wird gemäß § 116 Abs. 2 Ges. betr. Erw. u. Wirch. Gen. eingestellt, nachdem die zu berücksichtigenden Gläubiger ihre Zustimmung erteilt haben. Bad. Amtsgericht, Offenburg, den 20. Oktober 1928.
Der Urkundsbearbeiter der Geschäftsstelle.

Badisches Landes-theater
Freitag, 26. Oktober
F 7. Th.-Gem. 1. S.-Gr.
Der Barbier von Bagdad
Oper von Cornelius
Dirigent: Josef Krups
Mitwirkende:
Blanc, Magda Strad, Laufkötter, Löfer, Rentwig, Derner, Schuster, Waldmann, Kalnbach.
Anfang 20. Ende 22. Preise C (1—7 RM)
Sa., 27. Okt., zum erstenmal Das Leben König Eduards II. von England.
So., 28. Okt., Vohengrin.
Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Die Frau, die jeder sucht. Mo., 29. Okt., Armida. Di., 30. Okt., Ballettabend.